

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nummer 10

11. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 31. Mai 1947

INHALT: L'Esprit Européen: Rencontres internationales de Genève — Die Hauptgedanken der Vorträge — Julien Benda (Abkehr vom Nationalen) — Francesco Flora (Humanismus) — J. R. von Salis (Europäische Tradition) — Jean Guéhenno (sozialer Humanismus) — Denis de Rougemont (Gleichgewicht durch Spannungen) — Georg Lukacs (Europäische Krise) — Stephen Spender (reduziertes Europa) — Georges Bernanos (Pessimismus) — Karl Jaspers (Museum der Humanität) — Fehlen der richtigen katholischen Stellungnahme.

Marxistischer Staatsoptimismus: Von der antistaatlichen Sowjetgesellschaft zum totalen Sowjetstaat — Klassenkampfpropaganda — «Volksfront» — Sozialdemokratie und Staat — Staat und Sozialismus — Gegensatz zwischen sozialdemokratischem und kommunistischem Staatsoptimismus.

Ex urbe et orbe: Deutsche Not — Hunger, physiologisch und politisch — Appelle — Um den Schutz des keimenden Lebens — Deutschland — Oesterreich — Schweiz — Religiöser Sozialismus — Begrüßenswerte Neuorientierung — Der Brückenschlag.

Selbstmord und Konfession: Die Statistik — Anteil der Katholiken.

L'Esprit Européen

Im September des vergangenen Jahres fand in Genf eine internationale Aussprache statt. Die Tagung ging nicht von Politikern aus und hatte auch nicht in erster Linie politische Ziele. Es ging vielmehr darum, durch eine Besprechung von Vertretern des Geisteslebens verschiedener Länder die geistige Lage abzuklären und eine gewisse geistige Einheit zu schaffen. Das Thema war: Der Geist Europas. Und so waren es denn fast ausschliesslich Vertreter europäischer Staaten, die zum Worte kamen. — Anlässlich dieses ersten «Rencontre internationale» hielten neun der prominentesten Vertreter öffentliche Vorträge in der Aula der Universität oder im Reformationssaal. Der Wortlaut dieser Vorträge und eine Zusammenfassung der um sie gruppierten Aussprachen ist nun im Druck erschienen. *)

Der Katholizismus ist einer der wesentlichsten Faktoren, die bei der Grundlegung und Entwicklung Europas massgebend waren. Darum können wir an dieser Veröffentlichung nicht gleichgültig vorübergehen. Es seien im folgenden die Hauptgedanken der einzelnen Vorträge skizziert. Ein zweiter Teil wird dann unsere eigene Stellungnahme bringen.

I. Julien Benda entwickelt seine Thesen in bewusst scharfer, ja geradezu herausfordernder Form. Es sind vor allem drei Gedanken, die er betont:

1. Europa hat nie ein eigentliches Bewusstsein seiner Einheit gehabt und hat es auch heute nicht. Wohl gab es ein Nationalbewusstsein der einzelnen Staaten. Aber gerade dieses hat auf die politische und geistige Unabhängigkeit von anderen europäischen Staaten hingearbeitet und so die Einheit gestört. Die einzelnen europäischen Staaten waren auch in ihrer politischen und sozialen Struktur so verschieden von einander, dass eine Einheit und erst recht das Bewusstsein einer Ein-

heit fast unmöglich war. Es gibt dementsprechend auch keine «Geschichte Europas». Ja, wenn man ein Buch darüber schreiben wollte, müsste es den Titel haben «Histoire des Européens dans leur volonté de ne pas faire l'Europe» (S. 15).

Zwar hat Christopher Dawson zu zeigen versucht, dass der katholische Glaube eine europäische Einheit des Geistes geschaffen hat. Aber sie wurde bewusst wieder durchbrochen, in Deutschland etwa durch Schlegel, Lessing, Görres, in Frankreich durch Faguet, Barrès, Maurras usw.

2. Die Hindernisse bei der Schaffung einer europäischen Einheit des Geistes sind vor allem die Nationalismen und die Verschiedenheit der Sprachen.

3. Als Vorschläge zur Schaffung der fehlenden Einheit formuliert Benda eine Reform des Geschichtsunterrichtes durch Abkehr vom bloss Nationalen und durch stärkere Betonung des gesamt-europäischen Elementes. Die Sprachverwirrung soll überbrückt werden durch gemeinsame Pflege der französischen (!) Sprache. Endlich soll die Pflege der Literatur, die ja wesentlich national ist, abgelöst werden durch eine vermehrte Betonung der Naturwissenschaften, die wesentlich über-national sind.

Mit dem Katholizismus und seiner Schaffung einer geistigen Einheit macht es sich Benda wirklich zu leicht. Die Empfehlung des Französischen als europäische Einheitssprache zeigt, dass hier unbewusst eigener Nationalismus einfließt, und die einseitige Betonung der Naturwissenschaften wird dem europäischen Geist, der gerade das klassische Element, die Pflege der Geisteswissenschaften, immer so sehr betont hat, nicht gerecht.

II. Der Italiener Francesco Flora zeigt in seinem Referat, übrigens mit echt italienischem Schwung und teilweise glänzenden Partien, dass der Humanismus die eigentliche Seele Europas bilde. Jener Humanismus, der durch die griechisch-römische Kultur geformt wurde. Sein innerstes Wesen ist die Har-

*) L'Esprit européen, Textes des conférences et des entretiens organisés par les Rencontres Internationales de Genève, Editions de la Baconnière - Neuchâtel.

monie, die völlige Ausgeglichenheit des Geistes und des Lebens. «L'enseignement de la civilisation européenne fut le suprême idéal de l'équilibre, de la proportion et de la synthèse» (S. 43). Darin unterscheidet sich nach dem Verfasser Europa wesentlich von Amerika und Russland, denen diese Art von Humanismus völlig fremd ist. Aufgabe Europas wird es sein, diesen klassischen Geist lebendig zu erhalten und zu entwickeln und dadurch seine Eigenart gegenüber den andern Kontinenten zu behaupten.

III. Jean - R. von Salis legt in einer sehr interessanten, anregenden historischen Perspektive dar, dass es ein doppeltes Europa gibt, ein westliches und ein östliches. Das westliche begann in Rom und verlagerte dann seinen geistigen Schwerpunkt nach Paris. Das östliche wanderte politisch und geistig von Rom nach Byzanz und von dort nach Moskau, dem dritten Rom. So wie Karl der Grosse im Westen als Kaiser und Imperator ein einheitliches Reich schuf, so im Osten die Kaiser Russlands, die als Zaren den Cäsarentitel führten. Es waren daher und sind bis heute geblieben «deux mondes et deux civilisations, deux empires et deux Eglises, deux architectures et deux styles que leurs origines communes, et le christianisme qui leur était également commun, n'empêchaient point de se sentir profondément différents les uns des autres» (S. 83).

Auch von Salis anerkennt, dass es das Christentum war, das eine europäische Einheit geschaffen hat: «Par-dessus les frontières géographiques et nationales, la croyance religieuse, ses dogmes, ses mystères et ses symboles forment un lien entre peuples dissemblables et entre frères ennemis, qui adorent le même Dieu et s'inclinent devant le Crucifié. Les guerres et les révolutions passent, les clochers et les coupoles demeurent» (S. 90). Und zwar ist es der Katholizismus: «L'on ne peut qu'admirer l'unité dans la foi à laquelle le christianisme romain catholique est arrivé au haut moyen âge, époque où incontestablement l'intégration de la civilisation de l'Europe occidentale a atteint son plus haut degré» (S. 91). Aber der Referent ist überzeugt, dass dieses Christentum zumal in seiner katholischen Form dem europäischen Wesen irgendwie widerspricht und darum von diesem auch nie ganz aufgenommen worden ist: «L'existence du christianisme est une lutte constante non seulement contre le mal, mais contre des convictions ancestrales, contre une philosophie rationaliste plus ancienne que lui-même, et indéradicable, contre le tempérament véritable de l'homme européen» (S. 92). — — Zwar hat man immer wieder versucht, «de concilier l'inconciliable», aber ohne wirklichen Erfolg. Daher kommt es denn auch, dass in Europa zwischen Theorie und Praxis, also zwischen christlicher Lehre und unchristlicher Politik ein Widerspruch klafft, der jedem Nichteuropäer ein Stein des Anstoßes ist.

Aufgabe Europas wird es sein, das Wesentliche seiner Tradition zu erhalten und der neuen Zeitlage anzupassen und gerade durch die Betonung des Geistigen bei Wahrung der Eigenart der Einzelstaaten doch ein Gemeinsames zu finden: «A l'avenir donc, la place de l'Europe d'Occident sera plus modeste dans le monde qu'elle ne le fut dans le passé. Mais rien n'empêche que les nations européennes retrouvent un jour leur équilibre et, pendant les puissances extra-européennes traverseront à leur tour des crises inévitables, finissent par donner un exemple de stabilité et de sagesse» (S. 103).

Von Salis ist sehr anregend in seinen geschichtlichen Betrachtungen, bleibt aber in seinen Zukunfts-

perspektiven zu sehr im Allgemeinen hängen und entwickelt Formen, die zwar alle annehmen können, die aber zu wenig besagen.

IV. Jean Guéhenno sieht das Gemeinsam-Europäische ebenfalls in einem Humanismus. Auch er glaubt darin den Hauptunterschied unseres Kontinentes gegenüber Russland und Amerika zu sehen «... parce que l'esprit européen est un humanisme et que le soviétisme ni l'américanisme ne sont des humanismes» (S. 110).

Der Humanismus, den Guéhenno fordert, muss vor allem eine starke soziale Note haben. Es schimmert hier der Sozialismus des Verfassers in einer leicht sentimentalen Prägung durch.

V. Denis de Rougemont betont, dass Europa vor allem geformt wurde «par le judéo-christianisme, par la notion grecque d'individu, par le droit romain, par le culte de la vérité objective, et malgré le nationalisme» (S. 144). Sind diese Kräfte noch lebendig? Der Verfasser ist in seinem Urteil pessimistisch. Er fürchtet, dass Europa entweder ein Museum wird, das vergangene Werte konserviert und nur dadurch noch eine Bedeutung hat, oder aber eine Kolonie von USA oder Russland. Es sei denn, dass es Europa gelingt, die Widersprüche und Spannungen, die zu seinem Wesen gehören, nicht durch Einseitigkeiten und Vergewaltigung aufzuheben, sondern durch die Betonung dieser Dialektik ein Gleichgewicht zu finden, Spannungen, wie sie gegeben sind (durch Individuum und Gemeinschaft, durch Nationalismen und europäische Gemeinschaft, durch Betonung Europas und einer gesamten Weltordnung, durch Kirche und Staat, durch Jenseitsglauben und Diesseitshaltung usw. Es klingt durch die Darlegungen des Verfassers eine gewisse Müdigkeit und Resignation. Wenn er vom Christentum spricht, meint er den Protestantismus, und zwar in seiner calvinischen Prägung.

VI. Scharf formuliert sind die Darlegungen von Georg Lukacs. Er macht aus seinem Marxismus kein Hehl, sondern sieht darin geradezu das Heil. Eine vierfache Krise erschüttert Europa:

1. Eine Krise der Demokratie. Der Liberalismus hat in der Demokratie das Individuum isoliert. Nur der Sozialismus wird aus der Demokratie eine wirkliche Gemeinschaft machen. Solange eine solche nicht besteht, wird aus dem Ruf nach einer Elite sich immer wieder eine Aristokratie formen, und diese birgt in sich die Gefahr des Faschismus. Die Etappen müssen lauten: «Le christianisme a proclamé l'égalité des âmes humaines devant Dieu, la Révolution française celle de l'homme abstrait devant la loi; le socialisme réalisera l'égalité des hommes concrets dans la vie réelle» (S. 169).

2. Die Krise des Fortschrittsgedankens. Man anerkennt heute einen Fortschritt in der Zivilisation, also vor allem in der Wissenschaft und in der Technik, aber nicht in der eigentlichen Kultur. Gibt es aber im eigentlich Kulturellen keine wesentliche Entwicklung, so muss es in der menschlichen Gesellschaft eine Gruppe geben, welche die kulturellen Werte bewahrt und weiterträgt. So entsteht eine «Aristokratie des Geistes», der Wahn einer Herrenmoral, eines Herrenvolkes, einer Herrenrasse usw. Nur der Sozialismus, der grundsätzlich durch die Entwicklung des Ökonomischen auch eine Entwicklung des Kulturellen fordert, wird das gesamte Volk in den Kulturfortschritt miteinbeziehen.

3. Eine Krise des Vertrauens auf die Vernunft. Wird aber die Vernunft in den zweiten Rang degradiert, so ist damit notwendig eine Vorrangstellung des Irrationalen gegeben und damit auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft, der Kunst, der Moral usw.

dem Genie die entscheidende Rolle zugewiesen und damit wieder einer sogenannten Aristokratie, gegenüber deren Forderungen es dann keinerlei Schutz und keine Sicherung mehr gibt. «Schelling pense que l'intuition intellectuelle, c'est-à-dire l'organe qui nous permet d'accéder à la réalité en soi, exige un don génial, qu'on ne saurait acquérir par l'étude. Cette idée trouve son développement à travers Schopenhauer, Nietzsche, Bergson et l'école de George, jusqu'à l'irrationalisme contemporain. L'important n'est pas de distinguer entre les exigences de «génialité» esthétique, morale, philosophique, psychologique, etc. Ce qui est important, c'est le principe aristocratique qui, depuis Chamberlain, se présente aussi comme un principe raciste» (S. 183). Karl Marx hat mit seiner Umgestaltung der hegelschen Dialektik in die materialistische Prägung das Vertrauen auf die Vernunft gesichert, und zwar in einer Form, die sich nicht ins Irrationale übersteigern kann, sondern immer auf dem Boden der harten, nüchternen Wirklichkeit bleibt. Nur so hat die Vernunft die Funktion, die ihr gebührt.

4. Eine Krise des Humanismus. Man hat wohl von Humanität gesprochen. Aber diese war nicht auf wissenschaftlicher Grundlage gebaut. Sie war eine Abstraktion und darum ohne Kraft und ohne die Fähigkeit, zu formen und zu gestalten. Europa ist politisch gerettet worden durch die Allianz zwischen Demokratie und Marxismus und nur diese gleiche Allianz sichert «le passage à un humanisme concret» (S. 189).

Lukacs ist einer der prominentesten Vertreter des neueren Marxismus, der von sozialistischer Basis her einen neuen Humanismus fordert.

VII. Der Engländer Stephen Spender erwartet eine Kristallisation des kleinen westlichen Europa. Europa soll aus der Not eine Tugend machen, d. h. aus seiner Reduktion auf ein Minimum eben dieses Minimum um so stärker betonen. Dieses Minimum ist «une communauté d'êtres humains qui ont trouvé, et qui façonnent leur avenir par la foi dans la liberté et par la claire vision de la nature humaine dans son intégralité» (S. 233).

VIII. Der Katholik Georges Bernanos entwickelt sprachlich glänzende Formulierungen und geistvolle Aperçus. Dazu eine unerbittliche Kritik nach allen Seiten hin. Er bezieht scharf Stellung gegen Russland, gegen die totalitären Staaten, hat vernichtende Worte für die Triumphe der Technik und der Naturwissenschaften, er zitiert mit Beifall den Satz von Wells: «L'espèce humaine est à fin de cours. L'esprit n'est plus capable de s'adapter assez vite à des conditions qui changent plus rapidement que jamais. Nous sommes en retard de cent ans de nos inventions. Cet écart ne fera que croître. Le maître de la création n'est plus en harmonie avec son milieu. Aussi le monde humain n'est pas seulement en faillite, il est liquidé, il ne laissera rien derrière lui. Tenter de décrire une fois encore la forme des choses à venir serait vain, il n'y a plus de choses à venir» (S. 287). Die europäische Entwicklung zeichnet der Redner durch die Worte: «L'Etat-dieu, le dieu d'un univers sans Dieu, qui sera bientôt un univers sans hommes, pendant ainsi éclatante la mystérieuse solidarité de Dieu et de l'homme, qui est le plus auguste mystère des chrétiens» (S. 289). — Schade, dass Bernanos im Negativen hängen bleibt und damit destruktiv wirkt, wo doch gerade der Katholizismus wesentlich eine konstruktive Macht sein will und ist. Bernanos erklärt: «La civilisation européenne s'écroule et on ne le remplace par rien, voilà la vérité. Mit diesem

Pessimismus gestalten wir allerdings kein erneuertes Europa.

IX. Der letzte, aber vielleicht anregendste Vortrag wurde von Karl Jaspers gehalten. Er gliedert seine Darlegungen in drei Abschnitte:

1. Was ist Europa? Es ist eine Synthese der geistigen Werte der Antike und der Religion der Bibel. Forscht man nach den Elementen, die in dieser Synthese liegen, sind es vor allem drei. Einmal die Freiheit. Sie ist für den Menschen nur dann gesichert, wenn sie auch für die anderen, für alle gesichert ist. Freiheit ist wesentlich ein Spannungsverhältnis zwischen zwei Polen, zwischen Tradition und Umbruch, zwischen Synthese und Revolution, zwischen politischer Gemeinschaft und dem Streben nach einem persönlichen Privatleben, zwischen romanischem und germanischem Element usw. Es ist dem Europäer wesentlich, dass er immer wieder in die Extreme vorstösst und gerade dadurch sich der Schranken schmerzlich bewusst wird. Die Tragik der Antike und das Kreuz des Christentums zeigen dies in vollendeter Deutlichkeit. — Ein zweites Element ist die Geschichte und damit das Fliessende, die ständige Entwicklung, die Dynamik. Ihr letzter Grund und ihre treibende Kraft in Europa ist der Wille nach Freiheit. — Ein drittes Element ist die Wissenschaft. Alles, was ist und alles, was gedacht werden kann, soll Objekt der Wissenschaft sein. Auch hier steht dahinter das Suchen nach Freiheit, wie es die Formel «Wissen macht frei» aufzeigt. Europäische Kultur ist infolgedessen nie fertig, immer neu, immer im Werden. Die Kurve verläuft asymptotisch.

2. Was ist dieses Europa in der veränderten Situation der heutigen Welt? Die Lage ist eine völlig neue. Außerlich steht das klein gewordene Europa zwischen Russland und USA und mitten im Bewusstsein einer als Ganzes klein gewordenen Welt. Innerlich ist die Lage vor allem dadurch verwandelt, dass das Christentum nicht mehr den Absolutheitscharakter und den Anspruch der Einzigkeit erheben kann, denn die Religionen Chinas und Indiens treten als gleichberechtigt und doch zugleich als völlig andersgeartet neben das Christentum.

3. Wonach soll man nun in Europa streben? Es muss auf eine Weltordnung hingearbeitet werden, also nicht auf ein Weltreich, dessen Grundlage wesentlich die Gewalt wäre, sondern auf eine Welt-Ordnung. Europa soll weiterhin ein Museum der Humanität werden, das allen geöffnet und zugänglich ist. Vor allem aber muss die Religion der Bibel der neuen Situation entsprechend umgestaltet werden: «La Bible et l'antiquité ne suffisent plus. Toutes deux doivent être transformées pour que nous les assimilions à nouveau. La métamorphose de la religion biblique est le problème vital de l'âge à venir» (S. 320). Man muss auf die Grundprobleme zurückgehen und diese neu formulieren: «D'où peut venir cette transformation? Seulement de la foi originelle d'où la Bible déjà est sortie, de l'origine qui n'est d'aucun temps, mais qui est de toujours, de la vérité éternelle: l'homme et Dieu, l'existence et la transcendance. Toute autre chose paraît superficielle, comparée à ce fondement de la religion biblique pour des juifs et les chrétiens, et aussi pour l'Islam» (S. 320).

Jaspers glaubt, dass eine richtig verstandene Existentialphilosophie imstande ist, die Grundlage zu einer geistigen Erneuerung zu bilden, eine Existentialphilosophie, die nichts zu tun hat mit dem Nihilismus eines Sartre, dem falschen Heroismus eines Heidegger, sondern die mit dem Christentum vereinbar ist und so die wahre geistige Synthese schafft.

Das ganze *rencontre internationale* litt unter der einseitigen Herrschaft des französischen Elementes. So wurden beispielsweise von neun Vorträgen sechs in französischer Sprache gehalten. Es ist weiterhin, was unmittelbar nach dem Krieg verständlich ist, ein anti-deutsches Ressentiment spürbar. Solange dieses nicht

überwunden ist, ist aber ein europäischer Aufbau nicht möglich. Vor allem aber ist bedauerlich, dass der Katholizismus bei dieser ganzen Aussprache nicht richtig zum Worte kam, und er hätte doch zur ganzen Frage Wesentliches zu sagen. Unsere Stellungnahme soll in einem nächsten Artikel skizziert werden.

Marxistischer Staatsoptimismus

Innerhalb der marxistischen Parteienwelt ist die Feststellung bekannt, dass Stalin seine Rivalen innerhalb der siegreichen bolschewistischen Garde beseitigt hat, um ihre Parolen durchzuführen. Die Namen Trotzki und Bucharin genügen, um den Streitkomplex innerhalb der bolschewistischen Machtsphäre ins Gedächtnis zu rufen. Hiermit ist die gewaltige Spannung angezeigt, die zwischen Propaganda und Tatsachen dieses totalitären Regimes herrschen. Analog verhält es sich mit dem marxistischen Sowjetstaat und dem antistaatlichen Marxismus. Sobald man von der politischen Reinheit und Unerfahrenheit des antistaatlichen Syndikalismus absieht, ist der Marxismus in spezifischer Weise die Verkörperung der antistaatlichen Theorie. Seine politische Spekulation ging so weit, dass F. Engels den staatenlosen sozialistischen Gesellschaftszustand nur noch als eine «Verwaltung von Sachen» betrachtete. Der Faktor Mensch als Grundlage staatlicher Tatsachen ist im gesellschaftlichen Zukunftsbild des materialistischen Sozialismus ganz ausser Acht gelassen. Der Harmonieglaube der bürgerlichen Gesellschaft ist hier in spezifischer Weise ad absurdum geführt worden.

Von der antistaatlichen Sowjetgesellschaft zum totalitären Sowjetstaat

Die revolutionäre Sowjetgesellschaft war in ihrem historischen Verlauf vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie jenseits aller Harmonievorstellungen ihrer eigenen marxistischen Weltanschauung sich durchgesetzt und bis heute erhalten hat. Sie hat wie kaum eine andere Gesellschaft durch die Antiharmonie und von der Antiharmonie gelebt und gewirkt, indem sie den staatlichen Zwang zum Meister aller Dinge gemacht hat. Heraklit's Feststellung: «Der Krieg ist der Vater aller Dinge» hat durch den Marxisten Stalin folgende Verwirklichung gefunden: Der Staat ist der Vater aller Dinge. Und in der Tat, ausser dem totalen Staat der Klassenrevolution ist von der Jahrhundertpropaganda des wissenschaftlichen Sozialismus nichts politisch Entscheidendes übrig geblieben als eine seltene und tiefgehende Verirrung der Geister im sozialistischen Irrgarten der Weltpolitik. Somit ist der östliche Sowjetstaat das einzige Weltpolitik entscheidende Resultat einer westlich-marxistischen Jahrhundertpropaganda. Auf Grund dieser Tatsache hat er auch heute, ohne marxistische Propaganda zu machen, so oder so Einfluss auf die historisch-politisch geschlagenen Kreise und Gruppierungen eines veralteten Marxismus. Vor diesem realpolitischen Sowjetmoloch Staat macht ein ganzes marxistisch-antistaatliches Jahrhundert aus den verschiedensten Motiven seine Verbeugung.

Klassenkampfpropaganda ohne das Wort Staat

Die Stalin'sche Gesellschaft lebte und lebt jenseits aller sozialistischen Harmoniepropaganda der klassenlosen Gesellschaft vom Staat und durch den Staat. Der Staat als zentralistische Totalität war das optimistische Mittel zur Ueberwindung aller gesellschaftlichen Disharmonie im Sowjetexperiment, einer sozialen Revolution. Von diesem Staatsoptimismus ist in der Sowjetliteratur vor dem Kriege kein Wort zu finden. Er wird als eine antimarxistische Tatsache empfunden und daher totgeschwiegen. Die äusserst umfangreiche Literatur über die Fünfjahrpläne vollzog sich in diesem Erdballstaat ohne das Wort Staat. Und dies, trotzdem der totale Sowjetstaat das eigentliche Nervenzentrum aller organisatorischen Leistung gewesen ist. Die politische Kontinuität von der Lenin'schen Revolutionsmacht zur Stalin'schen Weltmacht, von der «antikapitalistischen» Parole

zur «kapitalistischen» Koalition, von der anti-imperialistischen Propaganda zu den imperialistischen Tatsachen, die Durchführung der Fünfjahrpläne, der weltmilitärische Einsatz und schliesslich die Konsolidierung der Sowjetgesellschaft gehen letzten Endes auf die staatliche Zentralisation gesellschaftlicher Mittel zurück. Heute ist die Sowjetgesellschaft nicht nur juristisch als Staat anerkannt — das war bekanntlich einmal ein Problem — sie will heute als totalitärer Staat in weltpolitischem Ausmass die Ordnung der kommenden Dinge bestimmen und garantieren. Darin drückt sich ihr Staatsbewusstsein bzw. ihr Staatsoptimismus aus. Es ist das Vertrauen, den Staat und nicht mehr die Klasse, nicht mehr das Proletariat, nicht mehr die marxistischen Propagandaphrasen als Interventionsmittel weltpolitisch wirken zu lassen.

Ideologischer Frontwechsel im Zeichen der «Volksfront»

Nach der Isolierung der bolschewistischen Revolution durch den kontinentalen Reformismus der Sozialdemokratie konnte die Sowjetmacht — sie war politisch in der Defensive — nur indirekt, d. h. ideologisch durch die Komintern in fremden Ländern intervenieren. In der Uebernahme des bodenständigen marxistischen Revolutionsjargons für die klassenkämpferische Vernichtung der Bourgeoisie und der «sozialfaschistischen» Sozialdemokratie waren die Sektionsparteien die politischen Lakaien der sowjetischen Revolutionsmacht. Wenn von dem politischen Schauenspiel der «linken» und «rechten» Standpunkte innerhalb des grundsätzlichen Marxismus der damaligen Sowjetpropaganda abgesehen wird, wurde die Linie des ideologischen Klassenkampfes als Interventionsmittel in fremde Länder zum ersten Male 1935 aufgegeben. Auf dem letzten Kongress der Komintern im gleichen Jahre wurde als Richtlinie für die Sektionsparteien die These der Volksfront verkündet. Hiermit wurde der absolute Kampf gegen den bürgerlichen Staat aus diesen oder jenen praktischen Ueberlegungen eingestellt und die Zusammenarbeit auf dem Boden des Rechtsstaates mit seinen antifaschistischen Elementen zum Programm erklärt. Dieser ideologische Frontwechsel im Zeichen der Volksfront entsprang rein aussenpolitischen Bedürfnissen des Sowjetstaates. Der nicht faschistische Teil des Kontinentes, bzw. Europas, sollte durch die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaat gegen den aggressiven totalitären Faschismus gestärkt werden. Hier rechnete man keineswegs mehr mit der proletarischen Klassenfront als ausreichendem Mittel zur Besiegelung des Faschismus und Nationalsozialismus. Moskau setzte seine Hoffnungen auf den bürgerlichen Staat, der seine Traditionen der Freiheit nicht verleugnen kann, wenn er fortbestehen will. So ist die Parole der Volksfront das historische Beispiel dafür, dass der Sowjetstaat im Kampf um seine Existenz mit Staatenordnungen rechnete. Denn Staatenordnungen und nicht klassenkämpferischer Organisationslärm waren Masstäbe einer Aussenpolitik, die sich weltpolitisch bewähren wollte. So lieferte der Sowjetstaat das politische Musterbeispiel, dass der Staat, die Nation, das Volk in allen entscheidenden Fragen den Rang vor der Klasse einnahmen. Und dies war eine Praxis, die mit dem ursprünglichen Denken der Sowjetgesellschaft im Widerspruch stand. Denn nach Stalin war der Staat der Vater aller Dinge und der Klassenlärm das Mittel, den Kontakt mit dem «proletarischen Westen in der politischen Notlage aufrechtzuerhalten... Heute befindet sich der Sowjetstaat kraft eigener Leistung in keiner Notlage. Der Klassenlärm kann daher opportun sein; notwendig ist er nicht. Das ist auch die parallele Linie der ehemaligen Sektionsparteien.

Sozialdemokratie und Staat

Ein ähnlicher Frontwechsel hinsichtlich der Bedeutung des Staates ist auch im sozialdemokratischen Lager festzustellen. Dem ursprünglichen Programm nach war auch hier der Staat nur ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Inzwischen hat die Geschichte die Sozialdemokratie gelehrt, dass der Staat sehr wohl etwas anderes, dass er auch ein Instrument sozialdemokratischer Politik sein kann. Ja, die Sozialdemokratie hat einsehen müssen, dass er ein entscheidender

Interventionshebel «auf dem Wege zum Sozialismus»

sein kann, wenn man ihre heutige Praxis beurteilt. Trotzdem er so verschiedenen Zwecken dienen kann, einmal zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft und das andere Mal als Hebel auf dem Wege zum Sozialismus, scheint die sozialistische Ideologie keineswegs in Verlegenheit gekommen zu sein. So beobachten wir im sowjetischen Experiment den Staat als totalitäres Nervenzentrum, ohne welchen nichts gelingt; in dem anderen Falle als Interventionshebel zur Herstellung sozial gerechterer Zustände für die lohnarbeitenden Klassen. Gewiss, es gibt einen grundsätzlichen Unterschied. Im Sowjetfalle ist der Staat das die Gesellschaft schlechthin kontrollierende und beherrschende Totalitätsinstrument. Im Anwendungsfalle sozialdemokratischer Wirtschafts- und Reformpolitik will er nur ein gesellschaftliches Teil regulativ sein. Der sozialdemokratische Staatsoptimismus will die liberalen Voraussetzungen des Staates beibehalten und denkt daher politisch liberal. Dabei entwirft er, zum Teil gegenwartsfremd, das Zukunftsgebilde eines freiheitlichen oder liberalen Sozialismus. Insofern gehört seine heutige Planierungspraxis noch in den antitotalitären und damit liberalen Bereich. Das offenbart sich gerade im Unterschied von der Wirtschaftspolitik bzw. der Beschäftigungspolitik politisch liberaler Systeme einerseits und der Planpolitik des totalen Staates andererseits. Die Beschäftigungspolitik will die Grösse des hervorgebrachten Sozialproduktes beeinflussen. Sie strebt prinzipiell nicht dahin, die individuellen Ziele für die Investitionen und den Verbrauch zu beeinträchtigen. Sie sucht sie zu ermuntern, sich so frei wie möglich zu entfalten, weil die Höhe und die Sicherheit des Lebensstandards ihr primäres Ziel ist. Dagegen verfolgt Planungspolitik im Stile des totalen Staates, etwa der Sowjetunion oder des gefallenen Dritten Reiches grundsätzlich andere Zielsetzungen. Sie strebt nicht nur nach Vollbeschäftigung oder Sicherheit des Lebensstandards, sie zielt nicht nur auf höhere Leistungen, sondern auf Leistungen ganz anderer Art. Sie strebt nicht direkt die Ziele des individuellen Verbrauches zu fördern. Ganz im Gegenteil tut sie alles, um die individuellen Triebe zu ersticken. Sie will individuelles Streben dem Gemeinschaftsziel totalitärer Planung bedingungslos unterordnen... Im Vordergrund steht daher die Erfüllung produktions- und rüstungspolitischer Ziele; hier steht die Einsicht, dass die totale Herrschaft Voraussetzung und Sinn des Planes ist. Erst wenn diese produktions- und rüstungspolitischen Ziele, wenn die Herrschaft als Ziel erreicht und gesichert ist, dann kann an eine Steigerung

des individuellen Verbrauches gedacht werden. Das Kriterium sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik und totalitärer Planung ist ein politisch anderes Denken. Sowjetische Planung will jede gesellschaftliche Regelung weitgehendst in ihren politischen Konsequenzen berechnen.

Schroffer Gegensatz zwischen sozialdemokratischem und kommunistischem Staatsoptimismus

An der marxistischen Theorie gemessen kann mit Fug und Recht von einem Staatsoptimismus in der so oder so verlegten lebenden marxistischen Parteienwelt gesprochen werden. Indessen ist die Unterscheidung dieser zwei Spielarten des Staatsoptimismus der Gegenwart nicht nur wirtschaftspolitisch sondern vor allem politisch notwendig. Der sowjetische Staatsoptimismus ist auf Grund seiner spezifischen Ziele der Machterweiterung vorwiegend aussenpolitischer Natur. Sein innenpolitischer Aspekt ist eben nur Voraussetzung seiner aussenpolitischen Anwendung und Bewährung. Und hier liegt der fundamentale Unterschied zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Politik. Die Sozialdemokratie kennt wesentlich einen innenpolitischen Staatsoptimismus. Im Wesen der Sache will er Steuerung und Bindung wirtschaftlicher Freiheit durch den Staat sein. Er zielt auf sozial- und wirtschaftspolitische Verwirklichungen oder auf das, was mit aller Unklarheit in dieser Welt Sozialismus genannt zu werden pflegt. Im Munde kommunistischer Demagogen sind wirtschafts- und sozialpolitische Programme oder sozialdemokratische Imitationen nur ein Dekor für bestimmte Machtziele. Wirtschaft und Sozialpolitik ist Mittel zum Zwecke erfolgreicher Aussenpolitik für das kommunistisch-totalitäre Zentrum. Das Kriterium von kommunistischem und sozialdemokratischem Staatsoptimismus, von aussen- und innenpolitischer Konzeption im Lager marxistischer Bruderparteien ist offenbar. Der politische Charakter des Kriteriums zeigt, wie unmöglich ein Bündnis dieser zwei Spielarten des Staatsoptimismus ist, welches auf so verschiedenen Voraussetzungen beruht. Für jede sozialdemokratische Politik ist daher Gebot, auf den politischen Unterschied der beiden Spielarten und nicht auf die sog. «antibürgerlichen» Gemeinsamkeiten zu achten, wenn sie abendländisches Kulturgut zu verwalten durch Volkstrauen berufen ist. Steht die Sozialdemokratie politisch nicht den anderen Parteien näher als dem phraseologischen Bruder totalitärer Methode? Kann man diesen politischen Tatbestand in Stunden weltpolitischer Entscheidungen zugunsten tagesaktischer Manöver oder eventuell von Lohn- und Preisdiskussionen übersehen? Diese Fragen sind grundsätzlicher Art und beherrschen den politischen Kampf vom Gesichtspunkt der geschichtlichen Existenz aus. Nur die Froschperspektive vermag die Fragestellung zu vernachlässigen oder gar zu übersehen. Diese Problematik zeigt auf den Grundtatbestand der Innen- und Aussenpolitik unserer Tage. Sie charakterisiert das parlamentarische Leben nationaler Politik wie die schwierigen Versuche und bescheidenen Anfänge international-institutioneller Politik.

Dr. iur. Otto F. Meyer.

Ex urbe et orbe

Deutsche Not

In Presse und Radio ist uns in den letzten Wochen viel von der deutschen Hungerkatastrophe gemeldet worden. Es geht hier um Dinge, die nicht mehr bloss die Betroffenen und die für die deutsche Ernährungslage Verantwortlichen interessieren, sondern um eine Katastrophe, die von Mitteleuropa aus für den ganzen Kontinent bedrohlich werden kann.

Hunger, physiologisch und politisch

Der Rektor der Göttinger Universität, von Fach Physiologe, Prof. F. H. Rein, hat über diese Zusammenhänge eine Abhandlung geschrieben und die ganze furchtbare Lage der Rationierungsverhältnisse dargestellt. Er macht dann auf gesicherter,

wissenschaftlicher Grundlage folgende politischen Vorhersagen für Deutschland:

1. Es wird keinen materiellen und moralischen Wiederaufbau geben, solange nicht die Möglichkeiten zu einer natürlichen, freien Kostwähre — also letzten Endes Abschaffung der Rationierung — zurückgegeben sind, denn
 - a) ein grosser Teil der ohnehin verringerten Denk- und Handlungsfähigkeit der chronisch Hungernden wird unabwendbar durch die Futtersuche dem Aufbau entzogen.
 - b) Jeder Versuch einer Währungsreform wird scheitern, da beim Fehlen ehrlicher Verbesserungsmöglichkeiten der Weg zum schwarzen Markt selbst von moralisch hochstehenden Menschen als letzte Notmassnahme beschritten werden muss. (Die

gelungene Stabilisierung der Mark im Jahre 1923 fiel nicht zufällig mit dem Wegfall der Rationierung zusammen.)

- c) Jede moralische Erziehungsarbeit zum Gemeinsinn durch Schule, Kirche und Gesetz wird illusorisch bleiben, solange physiologische Gesetzmässigkeit zu Unehrllichkeit und egoistischem Handeln zwingt, ja wenn sogar die verordnende Behörde unehrlich ist, indem sie stillschweigend annimmt, der einzelne wird schon für sich sorgen.

2. Jeder Versuch einer Dauerregelung der Lebensverhältnisse in einem jetzt hungernden Land wird zu einem Misserfolg führen, wenn er nicht von vorneherein durch Zuerkennung von ausreichendem Agrikulturland mit Ergänzung durch eine exportfähige, krisensichere Industrie die freie Kostwahl der gesamten Bevölkerung (Wegfall jeder Rationierung aller Lebensmittel) sichert.

Folgende Einzelheiten muss der Physiologe fernerhin allen Verantwortlichen zur Beachtung empfehlen:

- a) Mit jeder Hebung der Nahrungsmenge (Kalorien) auch die Qualität zu erhöhen und aufs schnellste die Eiweiss- und Fettzufuhr mehren. Unwesentliche Hebung der Kalorienzahl bei gleichzeitiger Senkung der Fett- und Eiweisszufuhr kann sogar das Verhängnis beschleunigen.
- b) Eiweiss und Naturfette für eine chronisch hungernde Bevölkerung nicht nach Kalorien zu bewerten. Sie sind geradezu Medizin. Es ist nicht zu verantworten, ihre Produktion (etwa durch Abschachtung von Milchvieh und Geflügel) zugunsten einer doch unwesentlichen Mehrung der Kalorienzufuhr zu verringern, es sei denn, dass gleichzeitig durch Import Ersatz gesichert wird.

Es ist keinem der Verantwortlichen übelzunehmen, wenn er den Physiologen nunmehr die Frage nach Möglichkeiten einer Lösung der Hungerkrise stellt. Ich zweifle nicht daran, dass eine solche möglich ist, ohne dass wesentlich Opfer von den Nicht-hungernden der Erde verlangt werden müssten. Eine Aussprache und Planung zwischen Männern, die von dem Willen beseelt sind, diese chaotische Welt in Ordnung zu bringen, und die über die nötige Sachkenntnis verfügen, dürfte gründliche Abhilfe in wenigen Monaten schaffen. Die blosse Feststellung, dass auf Jahre mit einer «Welt-Fett-Knappheit» zu rechnen sein werde, dass die Importe nach Europa an «Devisenfragen scheitern» oder dass «Schiffsraumangel» bestehe, empfindet der Physiologe im Augenblick — man verzeihe es ihm — etwa so, wie wenn beim Brande eines Hauses der Löschakt nicht beginnt, weil das Publikum sich über die Farbe der Löscheimer nicht einigen kann oder ob der Feuerteich nur bis zu einem bestimmten Stand zum Löschen ausgeschöpft werden darf.

Verantwortungsbewusste Appelle

Es ist begreiflich, dass angesichts dieser Situation verantwortungsbewusste Menschen von Rang und Namen mit ihren Appellen nicht zurückhalten. So hat in der Pfingstausgabe der «Neuen Zürcher Zeitung (Nr. 1005) Prof. Dr. theol. Emil Brunner in Zürich in ergreifender Weise von der deutschen Not und allem, was mit ihr zusammenhängt, berichtet, um die Hilfsbereitschaft in der Schweiz und die Verantwortung der grossen Mächte aufzurufen.

Es sei hier noch ein Aufruf aus Deutschland selber bekanntgegeben und unterstützt. Es handelt sich um einen Appell der Führerschaft der Deutschen Katholischen Jugend an die christliche Jugend der Welt:

Wir jungen deutschen Katholiken, Jungmänner und Frauenjugend, rufen Euch über Land und Meer und über alle Grenzen einen Brudergruss des Friedens und der christlichen Liebe zu.

Ihr habt vom deutschen Namen und deutscher Gewaltherrschaft Furchtbares erlebt und erlitten. Wir haben selbst als katholische Jugend, persönlich und in unseren Organisationen, lange darunter gelitten und vielfache Opfer an Freiheit und Leben bringen müssen. Wir sehen aber deshalb das Verbrechen an der Menschheit nicht geringer, sind uns vielmehr der Schuld, die durch den Nationalsozialismus auf uns als Gesamtvolk lastet, schmerzlich bewusst. Wir sind auch bereit, die Folgen mitzutragen und das Unrecht mitzuzühen.

Aber soll die deutsche Jugend, die persönlich die geringste Schuld trifft, darum der Hoffnungslosigkeit des ungeheuren Elends

preisgegeben werden, das sich Tag um Tag steigert? Wir glauben, dass Ihr aus christlichem Gewissen das nicht denkt und wollt. Lasst Euch über die Zahl der Deutschen, die aus den Ostländern, aus ihrem Heim und ihrer angestammten Heimat gewaltsam vertrieben wurden — nicht geflüchtet sind! — berichten. Es sind mehr als zehn Millionen! Lasst Euch berichten von dem namenlosen und ausweglosen Elend, dem sie preisgegeben sind. Lasst Euch berichten von dem Zustand der deutschen Wirtschaft und der deutschen Ernährungsmöglichkeit...

Des seid gewiss: wir jungen Christen werden niemals mehr einer Herrschaft aus Lüge uns beugen! Wir wollen und werden, wenn auch in Armut, an einem neuen Deutschland des Friedens in der Gemeinschaft der Völker mitbauen. Aber helft Ihr mit, laut und öffentlich, dass die Mächtigen dieser Erde erkennen, was zum Frieden dient. Helft mit, dass das Mandatum Magnum unseres Herrn ein Weltgesetz wird und in den Friedensverträgen bei aller Härte seinen Ausdruck findet. Sonst wären Verzweiflung, Radikalismus und Chaos nicht abzuwenden von unserem Land. Und das kann auch Europa und der Welt nicht zum Heile gereichen. Wir bitten Euch im Namen Jesu Christi, unseres Herrn, dem wir dienen wollen wie Ihr, dessen Namen wir tragen wie Ihr: dass Ihr Eure Stimme erhebt und Euren Einfluss geltend macht und dass Ihr mit uns und für uns das Gebet um den Frieden betet. Es geht um grosse Entscheidungen in dieser Welt, es geht um Gottes Reich: *Adveniat regnum tuum!* Im Namen von 750,000 Brüdern und Schwestern im Bund der Deutschen Katholischen Jugend.

Um den Schutz des keimenden Lebens

In jüngster Zeit ist die während des Krieges zum Schweigen gekommene Diskussion über Recht und Unrecht der Tötung des keimenden Lebens (Abtreibung der Leibesfrucht) in verschiedenen Ländern wieder neu und leidenschaftlich entbrannt.

Deutschland

Aus Deutschland wird berichtet, dass «das Stimmengewirr» um den Paragraph 218 des D. St. G. B. (Deutsches Strafgesetzbuch), der das ungeborene Leben schützt, immer misstöniger und schriller werde, und «die Stimme der Wahrheit drohe wie so oft überschrien zu werden» (Bistumsblatt der Diözese Rottenburg Nr. 13). Protestantische und katholische Institutionen sehen sich gezwungen, gegen die landauf landab geführte Kampagne für die Beseitigung des Paragraphen sich energisch zur Wehr zu setzen. Die evangelische Frauenarbeit in Deutschland, die offizielle Organisation der Frauen der Deutschen Evangelischen Kirche, hat sich neustens mit einer eingehend begründeten Eingabe, in der gebeten wird, von einer Lockerung der Strafbestimmungen des Paragraph 218 abzusehen, an den Alliierten Kontrollrat in Berlin gewandt. Eine andere eindeutige Resolution wurde von der katholischen und protestantischen Arbeitsgemeinschaft in Karlsruhe an die massgebenden Regierungsstellen weitergeleitet. In dieser Resolution wird u. a. gesagt: Der Paragraph 218 sei biologisch begründet, denn die Geschichte aller Kulturvölker zeige, dass diese stets dem Untergang entgegen gingen, wenn die Schwangerschaftsunterbrechung zu einer Volksseuche geworden. Vom medizinischen Standpunkt aus sei nach der Versicherung des Fachmannes (die Resolution stützt sich besonders auf ein Gutachten von Chefarzt Dr. Karl Elmar Fecht) jede Schwangerschaftsunterbrechung abzulehnen, da sie durchweg die schwersten gesundheitlichen Störungen im Organismus der Frau zur Folge habe. Auch die soziale Indikation halte einer objektiven Kritik nicht stand, da es eine auffallende Tatsache sei, dass gerade die sozial besser gestellten Schichten aller Kulturstaaten den Eingriff in das keimende Leben fordern. «Darum», heisst es zum Schluss der Resolution, «legen wir entschieden Verwahrung ein gegen die Aufhebung dieses Gesetzes. Es ist die vornehmste Aufgabe des Staates, die Rechte und Gesetze Gottes, des alleinigen Herrn allen Lebens, nicht nur zu respektieren, sondern zu vertreten und wenn nötig zu verteidigen. Ein Staat, der in dieser Frage Gottes Gesetz verlässt und die Entscheidung darüber in das Belieben jedes einzelnen rückt, verlässt damit die Grundlagen, auf denen er selbst steht.»

Oesterreich

In Oesterreich erliessen am Feste der Hl. Familie sämtliche Bischöfe ein eigenes Hirten Schreiben zur Verteidigung des werdenden Menschenlebens. Die Bischöfe warnen, « Hoffnungen auf Massnahmen zu setzen, die in ihren Auswirkungen immer noch zum Schaden aller ausgegangen sind ». « Die Tötung keimenden Lebens ist ein frevelhafter Eingriff in die Rechte Gottes. « Das Leben ist das kostbarste Geheimnis der Schöpfung. Es ist den Menschen in die Hände gegeben, um es zu zeugen und zu hüten, nicht aber um es zu töten. »

Schweiz

In der Schweiz nahm am dies academicus der Universität Zürich (29. April 1947) Rektor Professor Dr. Ernst Anderes in seiner offiziellen Festrede über das Thema « Mutterschutz » Stellung zum Problem der Abtreibung. Bittere Wahrheiten musste Prof. Dr. Anderes der Studentenschaft bekanntgeben. « Die Zahl der Aborte », sagte er, « hat sich in den letzten Jahrzehnten stark vermehrt. Eine genaue Zahl anzugeben, ist leider unmöglich, da die Grosse Zahl der Aborte statistisch einfach nicht erfasst werden kann. Nach mehr oder weniger zuverlässigen Angaben schätzt man, dass, zum mindesten in städtischen Verhältnissen, die Zahl der Aborte gleich gross, wenn nicht noch grösser ist wie die Zahl der Geburten. » Dabei dürfe man sich keiner Täuschung hingeben. Nur der kleinste Teil der Abtreibungen erfolge wegen Erkrankung der Mutter oder des keimenden Lebens. Weit aus die grösste Zahl — 80 bis 90 Prozent — sei die Folge aktiver Abtreibung wegen unerwünschter Schwangerschaft, und zwar bei unverheirateten und verheirateten Frauen.

Das Schweizerische Strafgesetzbuch, das am 1. Januar 1942 in Kraft getreten ist, hat zwar in den Artikeln 118 und 119 die Schwangerschaftsunterbrechung für strafbar erklärt, aber es kennt doch in Art. 120 die Zulassung der sogenannten medizinischen Indikation, wenn nämlich eine « Lebensgefahr oder grosse Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangeren » anders als durch Schwangerschaftsunterbrechung nicht abgewendet werden kann. Dieser an sich streng verklausulierte Vorbehalt findet heute eine äusserst weite Interpretation und öffnet dadurch der Schwangerschaftsunterbrechung Tür und Tor. Dazu kommt, dass in weiten Kreisen das Bewusstsein der schweren Verantwortung gegenüber dem Herrn des Lebens für die Tötung des wehrlosen Lebens im Mutterschoss immer mehr schwindet. In der Mainnummer der sozialistischen Monatschrift « Rote Revue » meint Margrit Willfrat-Düby in einem Artikel: Das Problem der Abtreibung im schweizerischen Strafrecht, feststellen zu können: « Im Volksempfinden wird dem Delikt der Abtreibung das Odium eines Verbrechens niemals beigemessen. Das pulsierende Leben ist stärker als jeder Sitten- und Moralkodex. Der Sinn für Gerechtigkeit sträubt sich dagegen, Abtreibungen, die zu einem grossen Teil aus seelischer, sozialer und wirtschaftlicher Not begangen werden, als strafwürdig zu bezeichnen... » (S. 160/161). Im Hinblick auf eine « notwendige Revision der Abtreibungsartikel » wird eine sozial-medizinische Indikation nach dem Vorbild Schwedens gefordert. (Von völliger Freigabe des Abortus spricht man nicht mehr wegen der schlechten Erfahrung und der Neubesinnung in der Sowjetunion!)

Fast erschreckend zeigt sich in dem Angeführten, wie weit letzte und unerbittliche ethische Forderungen wie die Unantastbarkeit schuldlosen Lebens zum Schweigen gebracht werden gegenüber wirtschaftlichen, subjektiven Lebensansprüchen. Man kann heute geradezu erleben, dass Frauen sich entrüsten, wenn die unerbittlichen Forderungen des Naturgesetzes und des ausdrücklichen Gebotes des Herrn mit seinem: Du sollst nicht töten! von der christlichen Moral laut und eindringlich verkündet werden. (Zumeist sind es zwar nicht jene, die den Kindersegen lieben!) Einer solchen Mentalität gegenüber wird die Verteidigung des keimenden Lebens zu allererst auf ethischem Gebiet geführt werden müssen. Es gilt in vollem Umfang, was Professor Dr. Anderes am Schluss seiner Rede betont hat: « Die Achtung vor der werdenden Mutter muss wieder hergestellt und die Heiligkeit der Mutterschaft neu anerkannt werden. » Sonst bleibt das Gesetz toter Buchstabe.

Religiöser Sozialismus

Aus Frankfurt a. M. erhalten wir die Nachricht, dass dort ein ernster Versuch gemacht wurde, eine « Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus » ins Leben zu rufen. Es handelt sich um eine Neukonstituierung des früheren « Bundes der religiösen Sozialisten ». Massgebend für die Namensgebung war die Einsicht, dass die Gemeinschaft ein Ort der Begegnung zwischen den beiden grossen Weltmächten des Christentums und der sozialistischen Arbeiterbewegung sein soll. Der Name Bund werde den gegebenen Verhältnissen nicht mehr gerecht, auch könnte er in einem sektenhaften Sinne verstanden werden, als ob sich ein kleiner Kreis zu einer Art Religionsersatz bilden wolle. Das Beiwort « religiös » wurde als zu allgemein empfunden. Christentum sei nicht eine Religion neben anderen, sondern die Botschaft von Jesus Christus. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft halten sich für verpflichtet, den Christen die Notwendigkeit des Ringens um die soziale Gesellschaftsordnung aus christlichem Glauben verständlich zu machen und bei ihrer Verwirklichung mitzuwirken, aber auch darauf hinzuwirken, dass die grosse sozialistische Bewegung von allen Seiten das Wort Gottes hört. — In einer Ansprache, an der sich u. a. Sprecher der katholischen und der evangelischen Kirche beteiligten, wurde auch auf die von den internationalen religiösen Sozialisten in der Schweiz angenommene Konolfinger Erklärung eingegangen, deren Inhalt im wesentlichen Billigung fand. Doch wurde mit Nachdruck der Wunsch ausgesprochen, es möchten einige Sätze geändert werden, die das Missverständnis zulassen, als ob die Botschaft vom Reich Gottes schon im Diesseits voll zu verwirklichen sei. Dagegen herrschte Einigkeit darüber, dass der Wille Gottes, der sich in der Botschaft Christi kundtue, die Gläubigen auch im Bereich dieser Welt verpflichte, gegenüber einer ungerechten Gesellschaftsordnung für die Forderungen der Arbeiterbewegung in vollem Ernst einzutreten.

Begrüssenswerte Neuorientierung

Diesen Wandel kann man von katholischer Seite nur begrüessen. Der religiöse Sozialismus beginnt damit aus der sektiererischen Haltung, in welcher sich z. B. die Schweizer Religiösen Sozialisten immer noch befinden, herauszutreten und der Kirche gegenüber sich anders einzustellen. Die religiös-soziale Vereinigung der Schweiz hat noch auf ihrer letzten Jahresversammlung im November 1946 die katholische Kirche als ein « verweltlichtes Religions- und Kirchenwesen » bezeichnet, das eher bekämpft werden müsse, als dass man von ihm etwas für die Verchristlichung des Lebens erwarten dürfte. Wenn solche bornierte Haltungen aufgegeben werden, kann ein religiös-sozialer Kreis eine wertvolle Plattform werden, von der aus katholisches Christentum den kirchlich entfremdeten Massen wieder bekanntgegeben wird. Michael Pfliegler hat neulich seine Schrift « Vor der Entscheidung » in einer neuen Auflage erscheinen lassen. Darin spricht er von seinen religiösen Vorträgen, die er als katholischer Priester in den Versammlungen der religiösen Sozialisten Wiens um 1930 herum hielt. Im Advent 1930 sprach er an vier Abenden im Saal der Bezirksvertretung in Wien-Alsergrund über die « Botschaft Christi an unsere Zeit ». Der Saal war eine halbe Stunde vor Beginn überfüllt. Die Gänge und Höfe waren voller Menschen. Die Strassenbahn in der Währingerstrasse musste halten. Trotz Kälte und Schnee (einmal hatte es — 10°) wichen die Leute nicht. Professor Pfliegler musste an jedem Abend zweimal hintereinander sprechen. Die zweiten Hörer hielten anderthalb Stunden während des ersten Vortrages aus.

Der Brückenschlag

Die Sehnsucht nach Gott ist innerhalb der Sozialdemokratie seither nicht kleiner, sondern eher grösser geworden. Auf Pfingsten lieferte, um nur ein Beispiel zu nennen, das « Volksrecht » seinen Lesern einen Leitartikel, in dem ungeschminkt gesagt wird: « Es gibt zwar Sozialisten und Kommunisten, die wohl die Gütergemeinschaft anstreben, aber von Gott, dem Geiste Gottes, vom Glauben wollen sie nichts wissen. Ich glaube, dass diese einen grossen Fehler begehen: sie wollen die Früchte ohne den Baum, an dem diese Früchte wachsen; und ich fürchte, dass sie darum auch die Früchte nicht werden ernten können. »

Eine vernünftig eingestellte und in gesunder Weise vorgehende «Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus» kann als Brückenschlag zum sozialistischen Lager ihre Bedeutung haben. Voraussetzung ist freilich, dass vom Sozialismus nicht mehr wie früher die Atmosphäre eines öffentlichen Atheismus ausgeht, der alles wieder erstickt, was sich an religiöser Sehnsucht an die Öffentlichkeit wagt.

Aber dem öffentlichen Leben muss auch wieder Gottesweihe gegeben werden. Das ist Sache der Kirche. Vom Papsttum aus ist seit Jahrzehnten gemahnt, gewartet und gebittet worden. In bedeutenden Enzykliken sind die grossen Zeitirrtümer aufgedeckt und die Wege, die zur Wiederherstellung der Ordnung führen, erwiesen worden. An uns allen, den Millionen Katholiken, liegt es, diesen Weisungen zu folgen und unsern Teil, einzeln und im Verein mit andern, beizutragen zur Bessergestaltung des sozialen, des Staats- und Völkerlebens.

Selbstmord und Konfession

Dr. med. Fritz Schwarz, Professor der gerichtlichen Medizin an der Universität Zürich, veröffentlichte 1946 ein Buch über «Probleme des Selbstmordes» (Verlag Huber, Bern, 128 S., Fr. 9.80). Schwarz kam zur Ueberzeugung, dass das dringende Problem des Selbstmordes nicht bloss eine Angelegenheit der Medizin warben darf. Vielmehr müsse der Selbstmord gesehen werden als ein Symptom, dessen Wurzeln hineingreifen in die verschiedensten Bezirke des modernen Lebens. «Der Selbstmord», so führt der Verfasser aus, «hat eine Bedeutung, die weit über den Rahmen der Medizin hinausgreift, und die den Juristen und Soziologen, den Seelsorger und Erzieher gerade so stark, in bestimmten Richtungen sogar viel stärker beschäftigt als den Arzt.» — Eine besondere Dringlichkeit des Selbstmordproblems sieht der Verfasser darin, «dass die Schweiz in der modernen Selbstmordstatistik mit an erster Stelle steht».

Diese Ueberlegungen gaben dem Autor denn auch Anstoss, seine reiche und jahrelange Erfahrung als Gerichtsmediziner weiteren Berufskreisen bekannt zu machen. Seine Schrift gliedert sich in mehrere Hauptkapitel, die den Selbstmord als juristische, als soziologische und als erzieherisch-psychologische Frage behandeln. — Vor allem sei hier auf die klare und knappe Zusammenfassung, auf die übersichtliche Darstellung des statistischen Materials sowie auf die wertvollen Literaturangaben hingewiesen. — Es liegt im Rahmen unseres weltanschaulich orientierenden Blattes in folgendem unser Augenmerk auf den Abschnitt über das Verhältnis von Selbstmord und Konfession zu werfen. —

Was sagt die Statistik?

Wir zitieren wörtlich: «Aus einem grossen statistischen Material geht hervor, dass in Ländern, wo Katholiken und Protestanten nebeneinander wohnen, die Selbstmordhäufigkeit beim katholischen Anteil der Bevölkerung geringer ist. In letzter Zeit ist vielerorts eine gewisse Angleichung durch Zunahme der Selbstmorde bei den Katholiken festzustellen. Die grössere Selbstmordhäufigkeit der Protestanten lässt sich auch im Meer beobachten ... Ueber die Verhältnisse in der Schweiz sehen noch keine genauen statistischen Unterlagen zur Verfügung, weil auf den eidgenössischen Sterbekarten die Konfession erst seit dem 1. Januar 1940 eingetragen wird. Die Kantone mit vorwiegend katholischer Bevölkerung schneiden in der allgemeinen Statistik durchwegs günstiger ab. Gewisse Vorbehalte über die Zuverlässigkeit der Werte haben wir bereits gemacht, es hat aber keinen Sinn, um Zahlen zu markten: wir müssen es als Tatsache hinnehmen, dass die Selbstmordziffern der katholischen Bevölkerung kleiner sind als die der protestantischen. Unterlagen dafür finden sich bei den verschiedensten Autoren. Die folgende Tabelle, die dem Buch von Waldstein entnommen ist, belegt dies für die Schweiz.

Selbstmordziffern (auf 100,000 Einwohner) der Schweiz aus vorwiegend protestantischen und vorwiegend katholischen Gegenden.

	1901—1910		1911—1920	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Protestanten	44,8	9,2	40,3	11,2
Katholiken	21,4	5,1	21,8	6,2

Verhältnis der Ziffern für beide Jahrzehnte zusammen:

	Katholiken	Protestanten
Männlich	1	1,97
Weiblich	1	1,82

In der folgenden Tabelle seien die Ziffern von Bayern, Württemberg und Baden wiedergegeben (nach Mayr), da es sich um Länder handelt, die mit der Schweiz einigermaßen verglichen werden dürfen.

	Katholiken	Protestanten	Juden
Bayern 1900—1908	10	22	25
Württemberg 1901—1907	11	20	21
Baden 1900—1905	17	27	27

Für Baden beträgt die Ziffer in den Jahren 1927—1936 31,2 bei den Protestanten und 18 bei den Katholiken, (Reichel). Aus Berlin werden für das Jahr 1925 auf je 100,000 Einwohner gleicher Konfession 28 Selbstmorde evangelischer, 13—14 katholischer und 53 jüdischer Konfessionsangehöriger gemeldet. (Med. stat. Nachrichten 15, 1928).

Warum geringerer Anteil der Katholiken?

Den geringeren Anteil der katholischen Bevölkerung am Selbstmord versucht Schwarz durch eine Reihe von Hypothesen zu erklären. Auf Grund seiner reichen Erfahrungen und der feststehenden statistisch erfassten Tatsachen kann er zunächst einige wissenschaftlich einwandfreie und solid fundierte Erklärungen soziologischer und wirtschaftlicher Natur anführen, so den Kinderreichtum, der die Selbstmordziffer senkt, die verhältnismässig geringere Tätigkeit der Katholiken in Krisenberufen, die nachgewiesenermassen in Krisenzeiten mehr Selbstmorde aufweisen. Ferner weist der Verfasser darauf hin, dass die Protestanten vornehmlich in Städten wohnen, die (wie statistisch feststeht) ohnehin eine höhere Selbstmordziffer aufweisen. «Das sind, so führt jedoch Schwarz wörtlich aus, Erklärungsversuche, die uns die Differenz wenigstens teilweise verständlich machen können. Man wird aber trotz allem nicht darum herum kommen, der katholischen Glaubenslehre und Glaubensübung eine sehr viel stärkere, selbstmordhemmende Kraft zuzuerkennen als der protestantischen.»

Die Selbstmordhemmende Kraft der katholischen Kirche sieht er vor allem darin, «dass der Katholik in bezug auf sein Verhalten der Kirche gegenüber unter viel strafferer Führung steht, unter ganz anderer Kontrolle als der Protestant. Er weiss sich mehr beobachtet, mehr zur Rechenschaft gezogen; er ist sich gewohnt, in religiösen Fragen nicht eigene Lösungen zu suchen, sondern den bestehenden Vorschriften nachzuleben. Und er ist sich stets bewusst, dass die katholische Kirche den Selbstmord in positiver Weise verwirft und ihn mit Sanktionen belegt; er erwartet, dass der Selbstmörder im Jenseits zur Verantwortung gezogen werde.» —

Schwarz weist auch auf die selbstmordhemmende Wirkung der Beichte hin: «Häufig wird auch die Beichte, als psychagogische Institution (Seelenführung) grössten Ausmasses, eine akute Selbstmordsituation zu lösen vermögen. Vermutlich wird durch die Beichte auch ein intensiverer Verkehr zwischen Geistlichen und Gemeindegliedern angebahnt und aufrecht erhalten; einem solchen müsste wiederum ein selbstmordhemmender Einfluss zukommen.»

Herausgeber:

Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich, Auf der Mauer 13. — Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Abonnementspreise:

Schweiz: Jährlich Fr. 9.40 — halbjährlich Fr. 4.90 — vierteljährlich Fr. 2.50 — Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842.
 Deutschland: vorläufig suspendiert.
 Frankreich: Jährlich Ffr. 240. — halbjährlich Ffr. 125 — Einzahlungen an Editions Salvator, Porte de Miroir, Mulhouse, Tél. 14—24, Compte Chèques Postaux: Strasbourg 10.218.
 Luxemburg-Belgien: Jährlich Lfr. 120 — halbjährlich Lfr. 65. Einzahlungen an Central du Livre Clees-Meunier, 15, rue Elisabeth, Telephone 6681, Postcheckkonto 5390.
 Oesterreich: Jährlich S. 15 — halbjährlich S. 8. — Einzahlungen für: Steiermark, Kärnten, Salzburg, Vorarlberg, Tirol: P. Klinger, Graz I, Postfach 160; Fernruf: Gratwein 21. Postcheckkonto: Wien 61.606. — Wien, Nieder- und Oberösterreich: Verlag Herder, Wien, I., Wollzeile 33. Fernruf R 26—0—08.